



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84834 - 88
Fernschreiber 0886890

P/XIII/144 - 1. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Genfer Ost-West-Begegnung Zwischenspiel oder Auftakt?	52
2 - 3	Britischer Zypernplan erwies sich als Fehlspekulation Grossbritannien möchte Zypern als Kronkolonie erhalten Von unserem Balkankorrespondenten Dr. Basil Mathiopoulos	104
4	"Russian Observer" - eine interessante Zeitschrift Mit kirchlicher Druckerlaubnis	47
5 - 6	Die Ostsee - ein Meer des Friedens? "Kieker Woche" mit politischen Vorträgen	71
7	Auf Pascual Jordans Spuren Physikprofessor mit falscher Gleichung	42

* * * *

* * *

Genfer Ost-West-Begegnung

sp - Zum ersten Male seit den zusammengebrochenen Abrüstungsverhandlungen in einem Unterausschuss der Vereinten Nationen begegnen sich wieder sowjetrussische und amerikanische Experten. Diesmal in Genf. Von dem umfassenden Bündel der Abrüstungsvorschläge, die sich auf die Begrenzung der Mannschaftsstärken, der konventionellen und der atomaren Waffen erstreckten, ist für das Genfer Gespräch nur ein Teilstück übriggeblieben - allerdings ein sehr wesentliches Teilstück. Die Russen erstreben eine vollständige Einstellung aller nuklearen Festexplosionen, die Amerikaner, weitaus bescheidener, aber deshalb politisch nicht klüger, wollen die Frage prüfen, ob es technisch überhaupt möglich ist, Atomwaffenversuche, wo immer sie stattfinden, zu kontrollieren. Diese Meinungsverschiedenheit, die mehr ist als nur ein Streit um Verfahrensfragen, belastete das Zustandekommen dieses Gesprächs, und noch in den letzten Stunden war es zweifelhaft, ob russische und amerikanische Atomwissenschaftler den Weg nach Genf finden würden. Nun sind beide Delegationen mit einem grossen Anhang in der Schweiz eingetroffen und in nicht allzu ferner Zeit dürfte es sich herausstellen, ob diese Begegnung unter die Rubrik "Zwischenspiel" oder "Auftakt" zu einem umspannenderen Diskurs zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten fällt.

Welche Erwartungen die Sowjetunion an Genf knüpft, geht aus dem aide-mémoire hervor, das der russische Aussenminister Gromyko dem amerikanischen Botschafter in Moskau, Thompson, am Vorabend der Genfer Begegnung überreicht hat. Sein Kernsatz lautet:

"Natürlich sollte der Beschluss, die Versuche einzustellen, von den daran interessierten Regierungen getroffen werden; doch sollte im Augenblick, da die Sachverständigen im Begriff sind, ihre Arbeiten aufzunehmen, bereits ein umfassendes und detailliertes Übereinkommen zwischen den Regierungen über den Zweck der Konferenz vorliegen".

Dieses gewiss nicht in ultimative Form gekleidete aide-mémoire lässt den Wunsch der Sowjetunion erkennen, die Konferenz nicht allzu lange in den Beratungen technischer Details erstarrt zu lassen. Ein Entgegenkommen der Amerikaner in dieser Richtung lässt sich allerdings noch nicht erkennen. Für den Wunsch der Sowjetunion spricht unzweifelhaft die Tatsache, dass China früher oder später auch in der Lage sein wird, Atomwaffen in eigener Regie herzustellen; die Sowjetunion hätte dann das Atommonopol in der kommunistischen Welt mit dem mächtigen Nachbarn von Peking zu teilen, eine Vorstellung, die bei den Mägnern des Kreml nicht gerade freudige Empfindungen hervorruft. In der westlichen Welt ist das Atommonopol der Vereinigten Staaten schon seit vielen Jahren gebrochen, England marschiert, wenn auch in weiten Abstand, als Atommacht hinter den Vereinigten Staaten und Frankreich macht gewaltige Anstrengungen, die Schwelle des Klubs der Atomkräfte zu überschreiten. Amerika ist nicht mehr ganz frei in seinen Handlungen, es muss heute das französische Prestigedürfnis mehr als bisher berücksichtigen. Kann es sich noch den französischen Drängen versperren, und dies umso weniger, als de Gaulle nach dem Macmillan-Besuch nun die britische Zusicherung in der Tasche hat, dass Frankreichs Atompläne britische Hilfe erfahren werden?

Die Welt geht in einer hochpolitischen Sommer hinein. Die Entscheidung liegt zwischen dem Sturz in die Atomwaffen-Anarchie mit all ihren unübersehbaren Begleiterscheinungen und dem Bemühen, dem Wettlaufen mit atomaren Waffen Einhalt zu gebieten. Wird Genf die erste Etappe auf diesem Wege sein?

Britischer Zypernplan erwies sich als Fehlspekulation

Von unserem Balkankorrespondenten Dr. Basil Mathiopoulos

Die Vorwehen des britischen Zypernplanes liessen wenig Gutes ahnen, nachdem sich die NATO zum verzögernden Eingreifen gezwungen sah und die britischen Truppenkonzentrationen auf und um Zypern stützig gemacht hatten. So kam die Ablehnung Athens und Ankaras nicht unerwartet, denn was Whitehall am 19. Juni dem Unterhaus vorlegte, setzt keinen Schlusstrich unter die leidige Affäre, sondern leitet nur eine neue Phase mit ungewissem Ausgang ein.

Der Plan

Der heftig diskutierte Plan besteht im Wesentlichen aus folgenden Punkten:

1. Im Zeitraum der nächsten sieben Jahre soll die Insel durch eine Art "Partnerschaftsregierung" zwischen Briten, Griechen und Türken verwaltet werden. Offiziell wird der internationale Status der Insel als Kronkolonie beibehalten.

2. Je ein Vertreter Griechenlands und der Türkei soll zusammen mit dem britischen Gouverneur und vier Abgeordneten der griechischen und zwei der türkischen Zyprioten die Exekutive bilden. Zwei Parlamente, eines der griechischen und eines der türkischen Bevölkerung, bilden die Legislative und stellen auch die jeweiligen Regierungsvertreter.

3. Der britische Gouverneur besitzt das Veto-Recht. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und den übrigen Regierungsvertretern können letztere an eine höhere Instanz appellieren. Innere Sicherheit (Polizei), Verteidigung und Aussenpolitik liegen in Händen der britischen Behörden.

4. Während des zunächst siebenjährigen Übergangsstadiums behält die Bevölkerung Zyperns wie bisher das britische Staatsbürgerrecht, erhält aber ausserdem das Bürgerrecht des jeweiligen Heimatlandes.

5. Nach Ablauf der sieben Jahre ist ein Condominium auf Zypern zwischen Briten, Griechen und Türken vorgesehen.

Der Plan ist ein Musterbeispiel hintergründiger Diplomatie, die vor der Weltöffentlichkeit meisterhaft die Forderungen und Gefühle der zypriotischen Bevölkerung verfälscht. Ohne auch nur ein einziges Wort über das geforderte Selbstbestimmungsrecht zu verlieren, täuscht der Plan ein situationsgerechtes humanes Wohlwollen vor, indem er den Griechen und Türken auf Zypern eine Verbindung zum Mutterland anbietet, ohne dass dadurch der bisherige Status geändert wird. Für die Mehrheit der Weltöffentlichkeit, die sich an Hand vordergründiger Ereignisse orientiert, erscheint der Vorschlag allerdings als ein Plan in echt gentleman-like Manier, während er de facto die verhüllte, aber unmissverständliche Ablehnung der jahrzehntelangen Freiheitsbestrebungen beinhaltet, für die soviel Blut geflossen ist. Der Plan züchtet sogar einen neuen Unruhebazillus: die türkischen Forderungen auf Zypern. Durch den Vertrag von Lausanne 1923 hatte die Türkei zwar ein für allemal zugunsten Grossbritanniens auf alle Rechte auf Zypern verzichtet, aber ermutigt und gefördert durch die bisherige Zypernpolitik des Foreign Office, versteift sich die Türkei nun auf die künstlich aufgebaute "türkische Frage" auf Zypern und beharrt auf einer Teilung der Insel. Whitehall sah sich offenbar zu dem Entgegenkommen

gezwungen, den 17 Prozent Türken auf Zypern zwei Vertreter für die Selbstregierung anzubieten, während die nach offizieller britischer Statistik 31 Prozent zählende griechische Bevölkerung der Insel nur vier Vertreter entsenden darf. Ausserdem stellt die Türkei ebenso wie Griechenland einen Delegierten für die Partnerschaftsregierung - trotz der ungleichen Kräfteverhältnisse.

Vertiefung der Spaltung

Die Miteinbeziehung Griechenlands soll dem Plan offensichtlich die Fassade einer demokratischen Rechtmässigkeit geben. In Wirklichkeit führen die verschiedenen Klauseln des Planes nicht einmal zu einer Beseitigung der technischen Unklarheiten und der Auseinandersetzungen, die als Erbe des alten Kolonialregimes eine wenig sattelfeste Grundlage abgeben. Die Konzeption und die gesamte Struktur der vorgeschlagenen Selbstregierung haben das eine uneingestandene Ziel, die Spaltung der Insel zu vertiefen und zu fixieren. So müssen sich unter den gegebenen Verhältnissen doch die beiden Parlamente, das griechische und das türkische auf der Insel, die ohne eine gemeinsame gesetzgebende Körperschaft operieren sollen, naturgemäß als Werkzeuge der Spaltung auswirken, der man von britischer Seite den Deckmantel einer verfassungsmässigen Grundlage umhängt. Das zu erwartende Gegeneinander der Interessen ist nichts anderes als das gewollte Vorstadium einer späteren Landteilung.

Die Haltung Griechenlands

Griechenland hat den Plan zwar abgelehnt, jedoch die Tür zu weiteren Verhandlungen offen gelassen. Am 22. Juni erklärte der griechische Ministerpräsident in einem Brief an Macmillan: 1. Die griechische Bevölkerung der Insel werde bei der Sitzverteilung, die der Plan für die Selbstverwaltung vorschlägt, benachteiligt und damit werde die einzige demokratische Institution verfälscht. 2. In Athen sei man bereit, über jeden echten Lösungsvorschlag für den Konflikt zu diskutieren, wenn er den gerechten Forderungen der zypriotischen Bevölkerung gerecht werde, die britischen Interessen mit einbeziehe, die legitimen Ansprüche der türkischen Minderheit wahre, ferner die strategischen Befürchtungen der Türkei durch internationale Garantien entkräfte. 3. Athen fordere nicht unbedingt den Anschluss Zyperns, sondern unterstütze lediglich mit allen legalen Mitteln die zypriotische Bevölkerung in ihrer Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht. 4. Der Plan könne in der vorliegenden Form nicht als Lösung angenommen werden, da er durch die einseitige Bevorzugung des prozentual kleinsten Teiles der Bevölkerung keine fruchtbare Ausgangsbasis biete. 5. Das Problem könne nur durch direkte Verhandlungen zwischen London und der zypriotischen Bevölkerung gelöst werden - zum gleichen Zeitpunkt lehnte Erzbischof Makarios im Namen der zypriotischen Bevölkerung ebenfalls den Plan ab in einem Brief an den britischen Gouverneur Sir Hugh Foot und schlug auch seinerseits direkte Verhandlungen zwischen London und den Zyprioten vor.

Türkei enttäuscht

Die Devise lautet bei den Türken neuerdings: unbedingt Teilung der Insel. Da der britische Plan dieser Forderung nicht gerecht werde, erklärte der türkische Aussenminister, sei man in der Türkei zutiefst enttäuscht und lehne deshalb den Plan ab. Ministerpräsident Menderes schlägt in einem Brief an den britischen Premier ein Dreiertreffen zwischen Grossbritannien, Griechenland und der Türkei vor. Es ist allerdings mehr als fraglich, ob ein solches Treffen, das die Türken als gleichberechtigte Partner anerkennen würde, zu einem Ergebnis führen wird, denn keiner der beteiligten Macht Anstalten, von seinem bisherigen Standpunkt abzuweichen.

Der britische Zypernplan vermochte das Problem nicht zu lösen. In der neuen Entwicklungsphase wird es voraussichtlich viele Verhandlungen geben. Aber eine blosses Symptombehandlung kann zu keiner Therapie führen, solange der virulente Bazillus nicht ausgeremert wurde.

"Russian Observer" - eine interessante Zeitschrift

sp - Vor kurzer veröffentlichte der SPD-Pressedienst einen Bericht seines H.L.-Korrespondenten aus Wien, in dem auf die katholische Zeitschrift "Die Furche" und deren Bemühungen hingewiesen wurde, zwischen Moskau und Rom Kontakte anzubahnen. Das hat einige katholische Publizisten in der Bundesrepublik nicht mehr ruhig schlafen lassen. In der von Prälat Dr. Ludwig Reinold, Caritasdirektor im Erzbistum Paderborn, herausgegebenen Zeitung "Neue Bildpost" vom 22. Juni 1958 wird der Sozialdemokratische Pressedienst heftig kritisiert. Seinen Wiener Bericht bezeichnet man als "dicke Ente" und gibt der Redaktion den guten Rat, sich in Zukunft besser über derartige Fragen bei den "zuständigen Stellen" zu informieren.

Wir haben uns den Rat sehr zu Herzen genommen und dabei festgestellt: In Rom erscheint mit kirchlicher Druckerlaubnis (Genehmigung des Päpstlichen Tribunals in Rom Nr. 5116 vom 12.3.1956, unterzeichnet von P. Giuseppe Valentini) ein religiös-kulturelles Monatsblatt in englischer Sprache, "Russian Observer". Diese Zeitschrift ist ganz offensichtlich darum bemüht - und zwar mit kirchlicher Erlaubnis -, im Westen ein besseres Verständnis für die Vorgänge in der Sowjetunion anzubahnen; besonders auf religiösem Gebiet.

Im "Russian Observer" Nr. 1/2 vom Jahre 1957 heißt es: "Die Probleme des Lebens in Rußland wurden von allzu vielen Leuten systematisch übermäßig vereinfacht. Aufgrund der üblichen Informationen oder widersprechender Tatsachen werden viele verleitet, ihre Schlüsse nach einem festgelegten Schema zu ziehen, durch das sie alle aus Rußland kommenden Fakten an dem gleichen Maßstab messen, ohne ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Wir geben nachstehend eine kurze Charakterisierung dieser starren Urteilschemata, die neben mancher anderen augenfällige Widersprüche zeigen... Manche gewissenhafte Menschen (und unter ihnen viele Katholiken) sagen: "In Rußland herrscht der atheistische Kommunismus, der die Hölle auf Erden bedeutet. In der Hölle befinden sich weder die Tugendhaften noch die Unschuldigen, sondern nur die Bösen." Das ist die eine Art der Reaktion: alles und jeden in Rußland en bloc zu verdamnen...

Angesichts so widersprüchlichen Denkens scheint es klar, daß das Problem des atheistischen Kommunismus nicht von allen mit der notwendigen Ernsthaftigkeit betrachtet wird. Das kann leicht geschehen, wenn die Verbreitung von Informationen und Tatsachen über Rußland nicht ernsthaft und mit der notwendigen Objektivität vorgenommen wird!"

Schon diese kurzen Zitate aus dem "Russian Observer" zeigen, daß es den Herausgeber, Mitgliedern des Päpstlichen Russischen Collegs in Rom, nicht darum geht, die Vorgänge in Rußland vereinfachend, einseitig oder aggressiv in einer primitiven Anti-Haltung darzustellen. Daß es so etwas gibt - und noch dazu mit kirchlicher Druckerlaubnis - ist natürlich für diejenigen ärgerlich, die in der Bundesrepublik mit einer primitiven Anti-Haltung in Wahlkämpfen auf Stimmenfang ausgehen. Wir gehen zu: "Russian Observer" paßt nicht in dieses Konzept, was uns natürlich nicht daran hindert, darauf hinzuweisen, daß diese Zeitschrift trotzdem existiert.

Die Ostsee - ein Meer des Friedens?

mu - Das Verhältnis Skandinaviens zur NATO und die Auffassung der Bundesrepublik zur russisch-polnischen These von der Ostsee als einem "Meer des Friedens" kamen auf der "Kieler Woche 1958" in politischen Vortragsveranstaltungen zur Sprache. Der nüchterne Realpolitiker Gerhardsen, der sozialdemokratische Ministerpräsident Norwegens, gab dem Verhältnis seines Landes zur NATO eine Perspektive, die der so wenig nach Skandinavien orientierten Bonner Aussenpolitik sicher ein wenig fremd erscheinen dürfte. Aber Gerhardsens Darlegungen hatten ein grosses Gewicht; denn er sprach für alle skandinavischen Völker.

Wer erinnert heute schon, wenn er über die NATO spricht, an die Präambel des Paktes, wo es heisst, dass die Mitgliedstaaten entschlossen sind, die Freiheit ihrer Völker, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation zu sichern, die auf den Prinzipien der Demokratie, der Freiheit des Individuums und der Rechtssicherheit aufgebaut sind? Wer weist schon auf den Artikel zwei des NATO-Vertrages hin, in dem sich die Mitgliedstaaten zu dem Versuch verpflichteten, "die Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik durch eine gegenseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beseitigen?"

Gerhardsen tat das im Kieler Stadttheater und zog daraus auch die politisch-wirtschaftlichen Forderungen, zu denen er sich eindeutig bekannte. Er sagte, dass die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft nur dann zu einem Instrument einer konstruktiven Friedenspolitik entwickelt werden könne, wenn die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit eine notwendige Ergänzung der rein militärischen Zusammenarbeit sei.

Besondere Bedeutung hatte die Feststellung des norwegischen Staatsmannes, dass "das moralische Gewicht der Präambel und des Artikels zwei gegenüber der Aussenwelt gänzlich davon abhängen wird, in welchem Grad die NATO in ihrer politischen Zielsetzung und in der Wahl ihrer politischen Methode versucht, dieser idealen Forderung des Paktes nachzukommen".

Wörtlich warnte Gerhardsen: "Wenn die NATO hier versagen würde, kann man sich zwar denken, dass die Organisation als eine reine Militärallianzen und als machtpolitisches Bündnis weiterleben wird. Es würde aber dann die Gefahr bestehen, dass sie ihre Rolle als ein freies

1. Juli 1958

Forum ausgespielt hätte, auf dem die Staaten ihre Probleme erörtern und ihre Politik von einer gemeinsamen ideologischen Grundauffassung aus formulieren."

Die Rede des Aussenministers v. Brentano, die der Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, Duckwitz, in Kiel vorlesen musste, war dagegen nichts anderes als eine militärpolitische Deklaration ohne Phantasie und ohne Perspektiven. Brentanos Ausführungen gipfelten in der Feststellung: "Aber wir sind entschlossen, uns gegen einen möglichen Angriff zu verteidigen. Und darum hat der deutsche Bundestag aus dem tiefsten Gefühl der Erhaltung des Friedens und der Freiheit jenen Beschluss über die atomare Ausrüstung gefasst, der leider anscheinend in gewissen Kreisen in den uns verbündeten Ländern missverstanden ist."

Man kann nur vermuten, dass der fähige und bewegliche Diplomat Duckwitz nicht gerade angenehm berührt war, als er diese Rede vorlesen musste. Jedenfalls war das, was er dann in eigener Verantwortung über "Die Ostsee - Meer des Friedens?" sagte, von anderen Gedankengängen durchsetzt, denen zumindest gewisse realpolitische Überlegungen anhafteten. Duckwitz wandte sich dagegen, dass die Ostsee zu einem Binnenmeer des Ostblocks unter sowjetrussischer Führung gemacht wird, weil dadurch alle Ostseeanlieger unter Druck gesetzt werden könnten.

Man kann diese Auffassung verstehen, wenn man daran denkt, dass Russland in der Ostsee eine gewaltige Interseebootwaffe unterhält, nach 1945 nicht ohne weiteres bereit war, das dänische Bornholm zu räumen, und am liebsten die Ostseeinsel Fehmarn, die strategisch sehr wichtig ist, zur Sowjetzone geschlagen hätte. Auf der anderen Seite war Duckwitz vorsichtig genug, die Frage nach Verhandlungen über eine Abrüstung im Ostseeraum nicht zu stellen; denn das hätte sicher in Bonn allzu grossen Unwillen hervorgerufen.

So blieb denn der ausgezeichnete Kenner der skandinavischen Verhältnisse und langjährige Botschafter in Kopenhagen bei der Feststellung, dass nach der Auffassung der Bundesrepublik ein besonderer Status für die Ostsee nicht erforderlich sei. Die Ostsee würde nur dann zu einem Friedensmeer, wenn die Probleme des Ostseeraumes einer Lösung zugeführt würden und man nicht so tue, als ob die Ostsee von den Spannungen in der übrigen Welt unberührt bleiben könnte.

Auf Pascual Jordans Spuren

W.R. - Der "Evangelische Arbeitskreis in der CDU" Bonn, hatte, durch lebhaft propagandistisch unterstützte, zu einer öffentlichen Versammlung über das Thema "Sicherheit im Atomzeitalter" aufgerufen. Der bekannte Atomphysiker Pascual Jordan wurde als zugkräftiger Sprecher des Abends angekündigt. Der Vortrag war ein laaues Dozieren bekannter CDU-Argumente. Die Ausgangsposition, die Professor Jordan in der Beurteilung der Atomgegner um die Bewegung "Kampf dem Atomtod" einnahm, war falsch und so mußten logischerweise die politischen Schlußfolgerungen, die Jordan daran knüpfte, ebenfalls falsch werden. Denn, wenn die eine Seite der Gleichung nicht stimmt, kann auf der anderen Seite kein richtiges Ergebnis zustandekommen. Das hätte Jordan als Mathematiker und Physiker wissen müssen, denn diese Gleichung gilt auch im politischen Bereich.

Goethe hat einmal simplifizierend seinem Gesprächspartner die verkehrte Ausgangsposition und die daran geknüpften Schlußfolgerungen an seiner Ärmelweste demonstriert. Ist der erste Knopf falsch geknüpft, so stimmt die ganze Reihe nicht mehr. Auch die politische Ärmelweste, die Professor Jordan knöpfte, war am Schluß falsch geschlossen. Aber wen störte das schon? Weder den Professor, noch die Initiatoren der CDU. Es wurde immer wieder vom Referenten vermerkt, daß die Bewegung "Kampf dem Atomtod" trotz des guten Willens dieser Leute, selbstverständlich "nur von Moskau inspiriert" sein kann, oder zumindest den Leuten im Kreml nütze. Und so verkündete der Herr Professor, daß die Atomgegner der Bundesrepublik die "einseitige Abrüstung des Westens" verlangten, damit dann die Sowjetunion mit ihrem Potential den Westen überrennen und bolschewisieren könne. Das mangelnde politische Differenzierungsvermögen des Vortragenden übersah völlig, daß es sich hier um einen Komplex handelt, der das bestehende Atomgleichgewicht in der Welt, das durch Amerika und England kontra Sowjetunion hergestellt ist, einseitig zu verändern sucht.

Die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen bringt neue Gleichgewichtsverschiebungen, die logischerweise auch in sowjetischen Machtbereich durch die Anlage von Raketenstationen in der Zone, Polen und auf dem Balkan dann wieder ausgeglichen wird; nur mit dem Unterschied, daß die gefährlichen Spannungen dann vergrößert werden.

Der Referent folgte der offiziellen CDU-Meinung, daß bei einem lokalen Konflikt Atomwaffen zur Zurückschlagung des möglichen Gegners durch die Bundeswehr erforderlich seien. Welche Konsequenzen das beinhaltet, daß nämlich mit Sicherheit beim Einsatz dieser Waffen Gebiete der Bundesrepublik und der jetzigen Sowjetzone mit Atomwaffen beschossen werden müßten - diese tödliche Konsequenz wurde in der akademischen Vorlesung umgangen. Die furchtbare Gefahr der Verseuchung oder Verlichtung auf eigenem Boden, wurde nicht ausgesprochen. Erregte Zwischenrufe eines Teiles der Zuhörer ungung der Referent mit Stillschweigen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel